



Änderungsantrag

der Fraktionen von SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Soziale Ausrichtung und finanzielle Grundlagen der Arbeitsförderung sichern

Drucksache 17/ 1771

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- die geplanten Einsparungen im Bereich der Eingliederungsleistungen im Bundeshaushalt 2012 und für die kommenden Jahre zurück genommen werden
- die Einsparvorgaben im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die durch das "Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt" (Instrumentenreform) umgesetzt werden sollen, aufgehoben werden
- es keine Restriktionen bei den Fördervoraussetzungen für Existenzgründungen geben wird
- die Finanzierung des dritten Ausbildungsjahres in der Altenpflege zur Bekämpfung des massiven Fachkräftemangels in diesem Bereich wieder im SGB III verankert wird
- die Berufseinstiegsbegleitung verstärkt wird, um eine bessere Unterstützung junger Menschen beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf zu ermöglichen
- bei den Berufsorientierungsmaßnahmen klar gestellt wird, dass die individuellen Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf sowie schwerbehinderter junger Menschen besonders berücksichtigt werden

- zusätzliche Möglichkeiten für niedrigschwellige Maßnahmen für Jugendliche, die nicht in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BvB) sind, weiterhin im SGB II und SGB III verankert bleiben. Besonders bewährt haben sich dabei Lernwerke, Werkstattschulen oder Produktionsschulen.

Begründung:

Mit Bundestagsbeschluss vom 26.11.2010 wurden die „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit nach dem SGB II“ für das Jahr 2011 im Vergleich zu 2010 um rund 1,3 Milliarden Euro gekürzt. In den Jahren 2012 und 2013 sollen weitere Einschnitte folgen, um eine Gesamteinsparung innerhalb dieses Haushaltstitels von rund 4,5 Milliarden zu erzielen. Begründet werden diese Kürzungen mit der Lage auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

Damit stehen weniger Mittel für öffentlich geförderte Beschäftigung, Umschulungen, Weiterbildung etc. im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung. Bereits heute haben die Arbeitsagenturen und Jobcenter bzw. Optionskommunen in Schleswig-Holstein in Folge dieser Kürzung wesentliche Spielräume für die Förderung von Langzeitarbeitslosen verloren.

Verbunden mit dem „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ (Instrumentenreform), das im Oktober beschlossen und ab dem 1.4.2012 in Kraft treten soll, droht eine weitere Verschärfung dieser Situation. Notwendige Hilfen für Langzeitarbeitslose und Handlungsspielräume zur lokalen Maßnahmengestaltung werden durch den Gesetzentwurf eingeschränkt. Sollte die Instrumentenreform wie geplant umgesetzt werden, werden die Unterstützungsleistungen für schwer vermittelbare Arbeitslose auf ein Minimum reduziert.

Wir brauchen eine Arbeitsmarktpolitik, die allen Arbeitssuchenden eine Perspektive bietet und sich nicht nur auf die Leistungsstärksten konzentriert. Für alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bedarf es einer verlässlichen Infrastruktur. Um Teilhabe an Arbeit dauerhaft und nachhaltig organisieren zu können, brauchen die Leistungserbringer in der Arbeitsförderung (so etwa Beschäftigungsunternehmen, Träger der Fort- und Weiterbildung) rechtliche und finanzielle Sicherheit.

Damit die Jobcenter auch zukünftig passgenaue Maßnahmen und Hilfen für jeden einzelnen anbieten können müssen die dezentralen Handlungsspielräume ausgebaut werden. Budgetdeckelungen und Vorgaben zur zeitlichen Befristung von Maßnahmen sind zu vermeiden, da sie die individuellen Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort künstlich einschränken. Zentrale und einschränkende Kriterien dürfen nicht verhindern, dass sinnstiftende und qualifizierende Tätigkeiten in Arbeitsgelegenheiten angeboten werden können. Derartige Restriktionen können dem Einzelfall nicht gerecht werden. Entsprechende Regelungen, die in der geplanten Instrumentenreform vorgesehen sind, sind zu streichen. Auch für jene Menschen, die trotz aller Bemühungen auf absehbare Zeit ohne Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt bleiben, muss Arbeitsmarktpolitik Lösungen bereithalten.

Flemming Meyer
und Fraktion

Wolfgang Baasch
und Fraktion

Rasmus Andresen
und Fraktion